



KNUD ANDRESEN/SEBASTIAN JUSTKE/STEFANIE SCHÜLER-
SPRINGORUM (HRSG.)

Vom Ich zum Wir und wieder zurück?
Subjektverständnisse zwischen Politisierung und
Entradikalisierung seit den 1960er Jahren

Wallstein Verlag | Göttingen 2023
267 Seiten, gebunden | 34,00 €
ISBN 978-3-8353-5489-0

rezensiert von

UWE SONNENBERG, Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin

»Vom Ich zum Wir und wieder zurück« – mit einem Fragezeichen versehen – ist der Titel einer akademischen Festschrift. Mit ihr wird dem Kopenhagener Zeithistoriker Detlef Siegfried zu seinem 65. Geburtstag gratuliert. In einer beigegebenen Würdigung zeichnet Jürgen Reulecke die Karriereschritte Siegfrieds nach und bespricht dessen wichtigste Werke. Der Band leistet aber zugleich einen Beitrag zur »Vorgeschichte« einer Gegenwart, die von Soziolog*innen heute unter anderem als »Gesellschaft der Singularitäten« (Reckwitz) beschrieben wird.¹ Nachgegangen wird der Frage, »wie und ob sich in politischen und gesellschaftlichen Debatten [seit den 1960er-Jahren] Verschiebungen in den Subjektverständnissen – also der Verortung des Individuums im gesellschaftlichen Kontext – zeigten.« (S. 14) Dabei werden diverse Forschungsansätze, zum Teil auch -inhalte, aus den Werken des Jubilars aufgegriffen, etwa Siegfrieds Arbeiten über Konsum und Politik in der westdeutschen Jugendkultur der 1960er-Jahre sowie seine Untersuchungen zum alternativen Milieu der 1970er-Jahre.² Mit Abstand am häufigsten aber rekurren die Autor*innen auf Siegfrieds Aufsatz »Die Rückkehr des Subjekts«. 2008 ebenfalls in einer akademischen Festschrift publiziert, erkennt Siegfried darin neue »postindustrielle« Subjektivitätskonzepte im Verlauf von Politisierungs- und auch Entradikalisierungsprozessen verschiedener Akteur*innen.³

Die insgesamt neun Beiträge sind in vier Rubriken untergliedert. Es geht als erstes um neue Perspektiven, die sich mit der »Rückkehr des Subjekts« in die Forschung ergaben. Dagmar Herzog beschreibt den Erfolg, den Ernst Klee mit beharrlichem Engagement hatte, die westdeutsche

¹ Andreas Reckwitz, Die Gesellschaft der Singularitäten. Zum Strukturwandel der Moderne, Berlin 2017.

² Detlef Siegfried, Time is on my Side. Konsum und Politik in der westdeutschen Jugendkultur der 60er Jahre, um ein Nachwort erw. Auflage, Göttingen 2017 (zuerst 2006); ders./Sven Reichardt (Hrsg.), Das Alternative Milieu. Antibürgerlicher Lebensstil und linke Politik in der Bundesrepublik Deutschland und Europa 1968–1983, Göttingen 2010.

³ Detlef Siegfried, Die Rückkehr des Subjekts, in: Olaf Hartung/Katja Köhr (Hrsg.): Geschichte und Geschichtsvermittlung, Festschrift für Karl Heinrich Pohl, Bielefeld 2008, S. 125–146.

Öffentlichkeit wie auch die geschichtswissenschaftliche Zunft nach Jahrzehnten »der Ablehnung und des Desinteresses dazu zu bringen, die Ermordung von Menschen mit Behinderung als Verbrechen ernst zu nehmen« (S. 24). Klees Pionierarbeit über »Euthanasie« im NS-Staat sei Auslöser eines »moralpolitischen Durchbruchs« in der alten Bundesrepublik gewesen (S. 38). Gabriele Kandzora berichtet über ihre Erfahrungen als Lehrerin mit Projektpädagogik an einer Hamburger Reformschule. Dabei macht sie sehr bedenkenswert auf die unterschiedlichen Subjektverständnisse aufmerksam, mit denen Pädagog*innen und Zeithistoriker*innen jeweils operieren.

Es folgen in der zweiten Rubrik Fallbeispiele aus den Alternativszenen Westeuropas. Tobias De Fønss Wung-Sung verfolgt den Wandel der Schwulen- und Lesbenbewegung in Dänemark. Im Zentrum seiner Betrachtung steht mit der F-48 eine Interessenvertretung, die Ende der 1970er-Jahre noch für »clear left-leaning political ambitions« stand und bis Mitte der 1980er-Jahre zu einer »vibrant and multifaceted but also de-radicalized« Organisation geworden war (S. 79). Nikolaos Papadogiannis wertet für den gleichen Zeitraum die ersten »alternativen« Reiseführer und -berichte westdeutscher Globetrotter aus und »demonstrates how the globetrotters' approaches to sex tourism as an »authentic« experience and a key to empathy for their hosts diverged« (S. 84). Er erkennt sowohl antikoloniale und neue feministische Argumentationen, als jedoch auch das Fortbestehen alter Stereotype. Kristoff Kerl untersucht den Umgang mit drogenbasiertem Rausch um 1970 »zwischen Revolution und Reklame« (S. 100) sowie als Teil neuer »Formen der Subjekt- und Lebensführung« (S. 118) bis in die Mitte der Gesellschaft, was wiederum (wert)konservative Angst vor einem Verfall von Moral und ergo heftigen Widerstand von rechter Seite auslöste.

In der dritten Rubrik wird der Blick in den zweiten realexistierenden Staat auf deutschem Boden hinein gelenkt: die DDR, an deren Beginn die Parole »Vom Ich zum Wir« ein zentrales Motto der Kollektivierungskampagne auf dem Lande gewesen war.⁴ Entsprechend diskutiert Dorothee Wierling in ihrem Beitrag Individualisierung und Subjektivierung in entgegengesetzter Entwicklungsrichtung. Ja, auch in der DDR habe es einen Wertewandel gegeben, was Wierling den wenigen belastbaren Datensätzen soziologischer Forschung, vor allem aber sozialen Praktiken in der Konsum- und Nischengesellschaft entnehmen kann. Letztere diskutiert sie insbesondere als kulturelle Aneignungen, die sie jedoch als kreative Prozesse versteht, weswegen es in der DDR »wie im Westen – nur anders« (S. 161-164) gewesen ist. Den Weg, auf dem *Silly* ihr Ich vom Wir emanzipierte, schildert Michael Rauhut. Die für viele wichtigste Rockcombo der DDR (mit ihrer schillernd-charismatischen Frontfrau Tamara Danz) habe sich in den 1980er-Jahren vom Egalitätsdruck befreit, den »Grenzgang« perfektioniert (S. 125), sich mit der Macht arrangieren können und dennoch nicht vereinnahmen lassen.

Insgesamt fünf Beiträge beinhaltet die Rubrik »Politische Linke«. Für die Bundesrepublik ganz naheliegend widmet sich Knud Andresen dabei Selbstverständigungsprozessen innerhalb der maoistischen Parteien, der sogenannten K-Gruppen. »Gestaltungswille« wie auch »die Bereitschaft zum Einsatz in und für die Gesellschaft« haben darin nicht nur mehr geprägt als »das private Vergnügen«, so ist bei Andresen in einem selten so gegebenen Ausblick zu lesen, sie seien für die dort »subjektivierten Individuen« auch ein »über die politischen Wandlungen hinaus [...] prägendes Moment ihrer Lebensführung« geblieben (S. 215). Hanno Plass erkundet, wie der algerische Unabhängigkeitskampf zwischen 1950 und 1970 in den südafrikanischen Befreiungsbewegungen (vor allem in der *South African Communist Party*) rezipiert und welche Rückschlüsse aus den in Algerien gemachten Erfahrungen dort für die eigene Politik gezogen wurden. In Stefanie Schüler-Springorums Beitrag über den »Mauergucker« Franz Josef Degenhardt geht es nicht etwa um das Verhältnis des Schriftstellers, Juristen und Liedermachers zur Berliner Mauer. Vielmehr betrachtet sie seine frühen, eher sozialkritisch und moralisch als

⁴ Überraschenderweise wird im besprochenen Buch auf diese oder eine andere mögliche Herkunft des Titelzitats nicht eingegangen. Das Motto zierte auch die Beitrittsurkunde der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaft (LPG), vgl. *Uta Bretschneider*, »Vom Ich zum Wir«? Flüchtlinge und Vertriebene als Neubauern in der LPG, Leipzig 2016.

marxistisch ausgerichteten Werke und erkennt in deren wirkmächtigen Texten und Bildern radikal-subjektive Reflektionen über das Leben in der BRD als einem postfaschistischen Land.⁵

Der Beitrag von Markus Mohr wiederum führt in das Jahr 1999 und nach Zittau, das heißt ganz an die östliche Grenze des vereinigten Deutschlands, wo innerhalb eines antirassistischen Grenzcamps plötzlich noch einmal ganz neue Grenzen gezogen wurden. Identitätspolitisch aufgeladene Debatten außerinstitutioneller Linker hatten sich seit den 1970er-Jahren fortgesetzt und sich – ohne, dass den Protagonist*innen die historische Spur als solche bewusst gewesen sein mag – in ihrem Gehalt noch einmal gewandelt. Schließlich macht sich David Templin auf die Spur von früheren Anhängerinnen und Anhängern der Gruppe *Devrimci Yol* (Revolutionärer Weg), die in den 1980er-Jahren in Hamburg gelandet waren. Wie erzählen diese bislang in der Forschung wenig beachteten Akteure heute über ihr Leben und ihr (letztlich gescheitertes) politisches Engagement?

Gerade in den zwei letztgenannten Beiträgen wird mit der Untersuchung migrantischer (Selbst-)Organisation in der Einwanderungsgesellschaft oder dem Agieren (post-)autonomer Linker in den 1990er-Jahren bereits der Boden für künftige Forschungsarbeiten erkennbar. Wünschenswert wäre auch ein Beitrag dazu gewesen, wie aus Konsument*innen im Zuge der Pluralisierung von Lebensstilen die Figur des Verbrauchers mit eigenem Selbstbewusstsein im wirtschaftlichen Gefüge wurde – und was daraus wurde. Viel zu selten wird zudem der Blick auf das Themenfeld Wirtschaft oder in die Welt der Arbeit gewagt. Freilich, so sehr die einzelnen Beiträge des Buches mit großem Erkenntnisgewinn zu lesen sind, lassen sie sich in ihrer Gesamtheit schon jetzt nur schwer gemeinsam diskutieren.

Zumal die Beiträge methodisch auf kaum vergleichbaren Ebenen angelegt sind. Mal werden Praktiken, mal Diskurse analysiert. Mal wird die Interpretation von Liedtexten vorgenommen, mal die langfristige Wirkungsgeschichte von Büchern beschrieben, mal geht es um persönliche Erfahrungsberichte und mal werden statistische Auswertungen mit dem Habitus-Konzept konfrontiert, um soziale Milieus zu erkennen. Auch Interviews werden geführt und selbstverständlich die zeitgenössische Presse, »graue Literatur« und Archivakten studiert. Diese methodische Vielfalt ist fraglos reizvoll und sie macht auch den Charme aus, wenn erforscht wird, »wie und ob sich neue Subjektivitätsmerkmale seit den 1960er Jahren entwickelten« (S. 14).

Allerdings werden in den Fallbeispielen immer wieder ganz verschiedene »Wir« angerufen oder sie haben sich – was die Sache erneut nicht einfacher macht – vor verschiedenen Hintergründen in differenzierte Interessen, Belange, Positionen und darin in ganz unterschiedliche Subjektivitäten übersetzt. Entspricht das nun dem »und wieder zurück« im Titel? Das diesbezügliche Fragezeichen bleibt in vielen Beiträgen unaufgelöst. So landen wir beim Nachdenken über das vorgelegte Buch tatsächlich in einer Gegenwart, in der es schwerfällt, zu einem tieferen gesellschaftsdiagnostischen und gesellschaftskritischen Verständnis zu gelangen, und bei einer Gesellschaft, in der angesichts neuer Problemlagen (von »Corona« über Krieg bis hin zur menschengemachten ökologischen Krise) bereits um notwendige neue »Wir« gerungen wird – und doch viel zu oft nur die alten hervorgeholt werden. Detlef Siegfried auch von mir die besten Wünsche zu seinem 65. Geburtstag!

Zitierempfehlung

Uwe Sonnenberg, Rezension zu: Knud Andresen/Sebastian Justke/Stefanie Schüler-Springorum (Hrsg.), Vom Ich zum Wir und wieder zurück? Subjektverständnisse zwischen Politisierung und Entradikalisierung seit den 1960er Jahren, Wallstein Verlag, Göttingen 2023, in: Archiv für Sozialgeschichte (online) 64, 2024, URL: <<https://library.fes.de/pdf-files/afs/81983>> [17.4.2024].

⁵ Die vorgestellten Lieder können mit Hilfe von QR-Codes einzeln aufgerufen und nachgehört werden – ein sehr zu begrüßendes crossmediales Angebot in einer wissenschaftlichen Publikation!



DETLEV BRUNNER/MICHAELA KUHNHENNE (HRSG.)

Proteste, Betriebe und Gewerkschaften
Beiträge zur ostdeutschen Transformation seit 1990
(Schriftenreihe der Johannes-Sassenbach-Gesellschaft,
Nr. 7)

BeBra Wissenschaft | Berlin 2023
120 Seiten, Paperback | 24,00 €
ISBN 978-3-95410-317-1

rezensiert von

CHRISTIAN RAU, Institut für Zeitgeschichte München-Berlin, Berlin

Die post-sozialistische Transformation in Ostdeutschland, die viele Jahre lang das Sujet der Sozialwissenschaften war, erfährt seit einigen Jahren eine intensive Historisierung. Dominierte dabei anfangs noch die Perspektive auf nationale Akteure wie die Treuhandanstalt, geraten zunehmend auch lokale Sichtweisen in den Fokus. Der von zwei ausgewiesenen Gewerkschaftsforscher:innen herausgegebene Sammelband »Protest, Betriebe und Gewerkschaften« trägt zu dieser Perspektivverschiebung bei und schließt zugleich an jüngere Arbeiten an, die sich mit betrieblichen oder gewerkschaftlichen Akteuren in dieser tiefgreifenden Umbruchphase beschäftigt haben.¹ Ziel der Herausgeber:innen ist es aber nicht nur, einen historiographisch-methodischen Beitrag zu jener auch politisch heiß umkämpften Phase zu leisten, indem sie konkret nach Einflussmöglichkeiten von Belegschaften und Gewerkschaften auf die Politik der Treuhand fragen. Ihr Anspruch erstreckt sich auch auf das Feld der Erinnerungskultur und Geschichtspolitik. So verstehen sie ihren Band gleichermaßen als Beitrag zur Zukunftsdebatte in (Ost-)Deutschland, für die sie die Transformationserfahrungen der Ostdeutschen fruchtbar machen möchten.

Die fünf Beiträge zum Kampf um das Stahlwerk Hennigsdorf (Jakob Warnecke), zum Konflikt um die Thüringer Faser AG (Jary Koch), zum Automobilwerk Eisenach (Jessica Lindner-Elsner), zur ADDINOL Mineralöl GmbH (Konrad Bunk) und zur Berichterstattung über die Proteste gegen die Politik der Treuhand (Justin Andrae) bieten jeweils für sich genommen spannende Tiefenbohrungen, aus denen die Dynamik der historischen Ereignisse, Prozesse und

¹ Vgl. Detlev Brunner/Michaela Kuhnhenne/Hartmut Simon (Hrsg.), Gewerkschaften im deutschen Einheitsprozess. Möglichkeiten und Grenzen in Zeiten der Transformation, Bielefeld 2018; Eric Weiß, Gewerkschaftsarbeit im Vereinigungsprozess. Die Industriegewerkschaft Chemie-Papier-Keramik in der Transformationszeit 1990–1994, Berlin 2018; Christian Rau, Die verhandelte »Wende«. Die Gewerkschaften, die Treuhand und der Beginn der Berliner Republik, Berlin 2022; Eva Lütkemeyer, Wendemanöver. Die Transformation der ostdeutschen Werftindustrie 1989/90–1994, Berlin 2023.

Akteurskonstellationen hervorgeht. Gleichwohl ist die Qualität der Beiträge recht unterschiedlich. Dies hat zum Teil damit zu tun, dass sie aus unterschiedlichen Qualifikationsstadien stammen. Sie beruhen auf Masterarbeiten, Doktorarbeiten und Post-Doc-Projekten. Insofern ist die unterschiedliche Qualität kein Manko, sondern es ist vielmehr begrüßenswert, dass auch Abschlussarbeiten, die ansonsten in Universitätschränken verschwinden, veröffentlicht wurden. Etwas enttäuschend ist jedoch der auf einer Doktorarbeit beruhende Aufsatz von Lindner-Elsner. Hier bleibt die betriebliche Ebene zu blass. Stattdessen dient ihr das Automobilwerk als Beispiel, um die mit der wirtschaftlichen Transformation einhergehenden sozialen Ungleichheiten zu exemplifizieren, ohne jedoch zum bekannten Problem der Benachteiligung und der Armutsrisiken von Alleinerziehenden und älteren Frauen wesentlich Neues beizutragen. Das ist umso bedauerlicher, als die anderen Beiträge die Geschlechterdimension bestenfalls anreißen. Nur an einer Stelle weist Lindner-Elsner darauf hin, dass die Interessen dieser marginalisierten Gruppen in betrieblichen Sozialplanverhandlungen durchaus vertreten wurden. Darüber hätte man gern mehr erfahren.

Demgegenüber verdeutlichen die Beiträge von Warnecke, Koch und Bunk, welches Potential in einem konsequenten mikrohistorischen Zugriff liegt. Vor allem Warnecke zeigt, wie betriebsinterne Konflikte in den späten 1980er Jahren in bürgerschaftliches und gewerkschaftliches Engagement nach 1989/90 münden konnten. Es greift also zu kurz, ostdeutsche Belegschaftsproteste einzig aus Konfliktkonstellationen mit der Treuhand heraus zu erklären, auch wenn diese im Falle der Thüringer Faser AG tatsächlich die Initialzündung für eine landesweite Protestbewegung darstellten. Westdeutsche Gewerkschaftsstrukturen wurden dabei, so ein weiterer Befund, nicht zwangsläufig als übergestülpt erfahren, sondern vermochten es besonders auf örtlicher Ebene, ostdeutsche Interessen zu bündeln und in den politischen Diskurs einzubringen. So beteiligten sich Belegschaftsvertreter:innen und Gewerkschaften vor Ort auch an Standortdebatten, die über die Ebene des Betriebs hinauswiesen. Wie unterschiedlich und mitunter unentschieden sich dabei auch die Landesregierungen verhielten, die ja Sitz und Stimme im Verwaltungsrat der Treuhand hatten, zeigen besonders die Beiträge von Koch und Bunk. Solche lokalen und regionalen Dynamiken geraten in der Vogelperspektive ebenso aus dem Blick wie das auf dieser Ebene wirksame Ineinandergreifen von westdeutscher Gewerkschaftspolitik und ostdeutschen Interessen. Die lediglich bei Bunk kurz angerissene Rolle der Europäischen Union verdient künftig aber ebenso eine stärkere Beachtung. Ein kleines Manko ist es auch, dass die Beiträge zu sehr darum bemüht sind, die relativen Erfolge der Belegschaften und Gewerkschaften in den Fokus zu stellen, sodass Bruchlinien innerhalb der Belegschaften eher wenig Aufmerksamkeit erfahren.

Thematisch etwas außerhalb der betrieblichen und regionalen Fallstudien steht der mediengeschichtliche Beitrag von Andrae, der dennoch eine wichtige Perspektive in die Debatte einbringt. Er zeigt nicht nur Konjunkturen in der nationalen Berichterstattung über die Treuhand auf und gibt Einblicke in den Alltag der Pressestelle der Behörde, sondern kontrastiert diese Ergebnisse auch mit der regionalen Berichterstattung, in der die Treuhand viel intensiver und emotionaler verhandelt wurde. Auch wenn das alles nicht ganz neu ist, erweist sich doch vor allem der vergleichende, wenngleich zu kurz kommende Rekurs auf audio-visuelle Medien als anregend für weitere Fragestellungen, etwa, wie deren Eigenlogiken und -narrative auf Identitätskonstruktionen ostdeutscher Belegschaften einwirkten. Der Beitrag lässt sich somit auch als Aufforderung verstehen, die Medien als aktiv Handelnde in die historische Analyse zu integrieren.

Während sich die Beiträge trotz kleiner Monita nicht nur für die Gewerkschaftsgeschichte, sondern auch für die Transformationsgeschichte als weiterführend erweisen, indem sie zeigen, dass das oft für den Osten bemühte Opfernarrativ zu einseitig ist, bleiben die Bezüge zur Gegenwart (und Zukunft) am Ende doch recht vage und assoziativ. Nur an wenigen Stellen berühren die Beiträge überhaupt diese in der Einleitung so stark gemachte Dimension und auch die Herausgeber:innen bleiben ein entsprechendes Resümee schuldig. Dazu hätten die Beiträge über ihre kurzen Betrachtungszeiträume – in der Regel die Treuhand-Jahre von 1990 bis 1994 – hinausgehen und nach längerfristigen Dynamiken fragen müssen. So bleibt etwa Kochs

Behauptung, dass die ostdeutsche betriebliche Protestbewegung ein »wichtiges Kapitel bundesdeutscher Demokratie- und Protestgeschichte« (S. 36f.) sei, ohne weitere Ausführungen stehen. Dabei ist es fraglich, ob es sich bei den Protesten tatsächlich um eine »Bewegung« handelte, denn die meisten betrieblichen Proteste blieben auf ihre örtlichen Wirkungsräume begrenzt. Das Protestbündnis, das Koch selbst untersucht, ist hier eher eine Ausnahme. Auch drängt sich der Eindruck auf, dass Koch den Demokratiebegriff eher normativ verwendet. In der Tat steht die historische Transformationsforschung, die noch immer sehr stark auf die wirtschaftliche Dimension fokussiert, vor der großen und dringlichen Herausforderung, umfassendere historische Perspektiven auf die (ost-)deutsche Demokratieggeschichte nach 1990 zu entwickeln. Das leistet der vorliegende Sammelband jedoch nicht, so sehr er mit seiner mikrogeschichtlichen Perspektivierung überzeugt.

Zitierempfehlung

Christian Rau, Rezension zu: Detlev Brunner/Michaela Kuhnhenne, Protest, Betriebe und Gewerkschaften. Beiträge zur ostdeutschen Transformation seit 1990, BeBra Wissenschaft, Berlin 2023, in: Archiv für Sozialgeschichte (online) 64, 2024, URL: <<https://library.fes.de/pdf-files/afs/81984>> [8.4.2024].



THOMAS GROßBÖLTING

Alfred Müller-Armack – die politische Biografie eines
Ökonomen
(Veröffentlichungen des Universitätsarchivs Münster,
Nr.17)

Aschendorff Verlag | Münster 2023
95 Seiten, gebunden | 29,00 €
ISBN 978-3-402-15903-3

rezensiert von

RALF PTAK, Universität Köln

Der Historiker und Leiter der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg, Thomas Großbölting, hat eine politische Biographie zu Alfred Müller-Armack vorgelegt – der neben Ludwig Erhard wohl wichtigsten Ikone der Sozialen Marktwirtschaft. Die Publikation ist in der Reihe »Veröffentlichungen des Universitätsarchiv Münster« erschienen, was deshalb erwähnenswert ist, weil Müller-Armack in Münster wesentliche Stationen seines akademischen Werdegangs verbracht hat. Auch wenn der Titel einen umfassenden Zugang zu Person und Werk erwarten lässt, steht die Auseinandersetzung mit der Rolle Müller-Armacks in der Zeit des Nationalsozialismus im Zentrum der nur knapp über 90 Seiten starken Schrift. Alle übrigen Abschnitte zur Kindheit, zur Rolle als Ökonom und als führender Theoretiker der Sozialen Marktwirtschaft sowie maßgeblicher Wirtschaftspolitiker der Nachkriegszeit zeigen sich eher als Umrahmung der Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen Vergangenheit Müller-Armacks. Obwohl der Text durch diesen Zuschnitt der gesamten Komplexität von Person und Werk Müller-Armacks kaum gerecht wird, nimmt sich Großbölting einer wichtigen, bis heute unterbelichteten und zudem kontrovers diskutierten Fragestellung an. Für ihn geht es in erster Linie um die Klärung der Frage, ob das NSDAP-Mitglied Müller-Armack tatsächlich lediglich ein Mitläufer, ggf. ein Opportunist der NS-Zeit war, der wie viele andere Intellektuelle nach anfänglicher Sympathie in die »innere Emigration«, ja sogar in eine Art passiven Widerstand gegangen sei. So behaupten es vor allen Dingen ehemalige Schüler Müller-Armacks und ordoliberaler Sympathisanten, die retrospektiv diese Legende verbreitet haben, da der Protagonist selbst einer Aufklärung dieser Frage lebenslang ausgewichen war.

Es ist Großbölting zuzustimmen, dass diese Auseinandersetzung deshalb von Bedeutung ist, weil Müller-Armack eine herausragende Bedeutung für die bundesdeutsche Legendenbildung um die Soziale Marktwirtschaft hat. Man könnte etwas präziser sagen: Die Narrative um die Soziale Marktwirtschaft sind konstituierend für die westdeutsche Identitätsbildung, weshalb die führenden Köpfe der wirtschaftlichen Neuordnung nach 1945 von jeglicher NS-Belastung oder auch nur indirekter Verwicklung reingewaschen werden mussten. Das gilt im Übrigen nicht nur

für den besonderen Fall Müller-Armacks, sondern letztlich für die gesamte ordoliberalen Gründergeneration, die mit Ausnahme der Exilanten Alexander Rüstow und Wilhelm Röpke in Deutschland geblieben war und in dieser Zeit die theoretischen Grundlagen des Ordoliberalismus erarbeitet und veröffentlicht hatte. Besonders Leonhard Miksch und Ludwig Erhard waren in die kriegswirtschaftliche Beratung einbezogen, andere Vertreter der Freiburger Schule suchten mit ihren Forschungsarbeiten nach Anschlussmöglichkeiten für das Modell einer autoritären Marktwirtschaft.¹

Großbölting nimmt sich die einzelnen Argumentationsstränge der biographischen Reinwaschung von Müller-Armack differenziert vor, mal scharf und deutlich formulierend, dann aber auch changierend und etwas unsicher. Das mag daran liegen, dass Großbölting als Historiker sonst zu ganz anderen Themenfeldern forscht bzw. publiziert und ob der narrativen Mächtigkeit des tradierten Bildes Müller-Armacks Vorsicht walten lässt. Gut gelungen ist die Auseinandersetzung mit Müller-Armacks Schrift »Staatsidee und Wirtschaftsordnung im neuen Reich« von 1933, in der seine Sympathien für das Völkische und den italienischen Faschismus ebenso deutlich werden wie seine grundsätzliche Begeisterung für die »neue« Zeit. Schließlich wird diese Schrift in den meisten biographischen Beiträgen ignoriert oder als Ausrutscher deklariert. Erhellend, wenn auch nicht gänzlich neu, ist die Aufarbeitung der Münsteraner Zeit von Müller-Armack, denn hier wurde er 1940 zum ordentlichen Professor für Nationalökonomie und Kulturosoziologie berufen und hier begann auch die Legendenbildung zu seiner Person. Großbölting stellt gut belegt dar, wie Müller-Armack die unter seiner Leitung stehenden Forschungsinstitute zur Wohnungswirtschaft und insbesondere zur Textilwirtschaft im kriegswirtschaftlichen Kontext positionierte und dabei mit diversen regionalen und Wirtschaftsgrößen der NSDAP eng kooperierte.

Das tat Müller-Armack weitgehend ohne Verwendung rassistischer und antisemitischer Ideologeme, aber mit klarem Bekenntnis zum deutschen Nationalismus und zur völkischen Großraumwirtschaft. Etwas undeutlich bleibt Großbölting in der Diskussion um die Behauptung, dass die Verwendung des Begriffs Marktwirtschaft im Münsteraner Wirken Müller-Armacks als widerständige Handlung zu werten sei, wie es dessen Verteidiger häufig anführen. Dieses Argument wird auch gern in der Auseinandersetzung um die Freiburger Schule und ihre ab 1937 erschienene »Schriftenreihe zur Ordnung der Wirtschaft« angeführt. Es beruht jedoch auf einem verkürzten Verständnis nationalsozialistischer Wirtschaftspolitik. Zumeist wird dabei auf den von Eucken selbst produzierten Dualismus von Marktwirtschaft einerseits und Zentralverwaltungswirtschaft andererseits abgehoben, wobei dem Nationalsozialismus letztere zugeschrieben wird. Das ist allerdings bestenfalls halb richtig, denn jenseits der kriegswirtschaftlichen Organisation der Volkswirtschaft, in der immer Produktion zentralisiert und marktwirtschaftlicher Wettbewerb ausgesetzt wird, waren weder Hitler noch die wirtschaftspolitisch Verantwortlichen der NSDAP gegen Marktwirtschaft an sich, wie sich an vielen NS-Quellen nachweisen lässt. Sie schwadronierten zwar propagandistisch gegen liberalistisches Versagen, verteidigten aber durchaus die »natürlichen« Selektionsmechanismen einer (autoritären) Marktwirtschaft. Gerade weil die NSDAP in der Wirtschaftspolitik über kein festes Konzept verfügte und ihre Positionen diesbezüglich voller Ambivalenz waren, witterten die Vertreter eines autoritären Liberalismus zumindest bis Anfang der 1940er-Jahre durchaus eine Chance, mit dem starken Staat eine marktgerechte Ordnungspolitik wenigstens in Teilen umzusetzen.

Großbölting erwähnt auch Müller-Armacks Schrift »Entwicklungsgesetze des Kapitalismus« von 1932, die er allerdings als weniger bedeutend betrachtet. Das ist mit Blick auf Großböltings primäres Erkenntnisziel durchaus nachvollziehbar, aber im Hinblick auf die Gesamtperson Müller-Armacks und sein Werk nicht angemessen. Tatsächlich stehen die beiden genannten Schriften von 1932 und 1933 in unmittelbarer Kontinuität zueinander, auch wenn der Wechsel zu einer völkischen Sprache in »Staatsidee und Wirtschaftsordnung« von 1933 diesen Blick zunächst verstellt. Gerade in den »Entwicklungsgesetzen« von 1932 werden die Grundelemente seines Denkens deutlich, die er dann 1933 mit völkischem Geschwurbel auflädt. Ihm geht es um

¹ Vgl. Ralf Ptak, Vom Ordoliberalismus zur Sozialen Marktwirtschaft. Stationen des Neoliberalismus in Deutschland, Opladen 2004, S.62-109.

Kapitalismus als ein offenes System, das unter verschiedenen gesellschaftlichen Bedingungen existieren kann: »Die vom Kapitalismus zum Systemgedanken gemachte Fortschrittsförderung hat eine Richtung, aber kein festes Ziel. Der vom Kapitalismus realisierte Fortschritt darf nicht als schrittweise Annäherung an ein Ideal verstanden werden.«² In scharfer Abgrenzung zum Marxismus und in Anlehnung an seine konjunkturpolitischen Studien der 1920er-Jahre prägte er den Begriff der »Selbstrealisierung«, der als evolutionäres Prinzip die Offenheit des kapitalistischen Prozesses gewährleisten soll und zugleich den Kapitalismus als »geschichtliches Monopol« begründet. Zur Stabilisierung dieses Systems hielt es Müller-Armack für unabdingbar, dass »ein objektives Ordnungsgefüge, mit dem der erwünschte Erfolg zu erreichen ist, »erfunden« wird.«³

Die Erfindung eines solchen Ordnungsgefüges ist der Kern des Denkens und Wirkens von Müller-Armack. Zurecht verweist Großbölting auf den Begriff »Geschichtsaktivismus« in der Schrift von 1933, den Müller-Armack einsetzt, um die Notwendigkeit ideologischer Anpassungen an veränderte Gesellschaftsformationen zu beschreiben. Müller-Armacks Analysen der gesellschaftspolitischen, kulturellen und ökonomischen Bedingungen haben den Zweck, für die jeweils spezifische historische Phase des Kapitalismus das erforderliche Framing, das »objektive Ordnungsgefüge«, immer wieder neu zu »erfinden«. Deshalb ist Müller-Armacks Weg vom Nationalismus hin zur Religion als neuer ideologische Klammer in der Nachkriegszeit kein Bruch, sondern eine Kontinuitätslinie. So erklären sich auch die inhaltlich stark divergierenden Texte im Werk von Müller-Armack, die es praktisch allen politischen Kräften in Deutschland bis heute möglich machen, sich auf ihn und die Soziale Marktwirtschaft zu beziehen. Und so ist die theoretische Leere der Sozialen Marktwirtschaft als Konzeption, die Großbölting benennt, kein Fauxpas. Sie ist vielmehr Ausdruck dessen, dass die Soziale Marktwirtschaft von Müller-Armack als eine flexible Implementierungsstrategie und als methodisches Prinzip angelegt wurde, um die Grundsätze der sperrigen ordoliberalen Programmatik in die reale Wirtschafts- und Sozialordnung der Bundesrepublik zu überführen.⁴ Vor diesem Hintergrund ist es auch wenig zielführend, einzelne theoretische Widersprüche zwischen Müller-Armack und anderen Ordoliberalen übermäßig zu betonen, handelt es sich doch eher um eine komplementäre Beziehung mit unterschiedlichen Handlungsfeldern auf der Grundlage eines gemeinsamen ordoliberalen Weltbildes. Ob Müller-Armack dabei der Erfinder des Begriffs der Sozialen Marktwirtschaft war, wie er selbst und seine Apologeten stets suggerieren, ist umstritten, aber letztlich ohne Belang. Hier lohnt sich vielmehr ein Blick auf die konkrete Popularisierung des Begriffs in der unmittelbaren Nachkriegszeit, die Uwe Fuhrmann sehr deutlich herausgearbeitet hat.⁵

Trotz ihrer Engführung ist die Biographie von Großbölting ein anregender und lesenswerter Text zur Auseinandersetzung um Müller-Armack und die Soziale Marktwirtschaft. Die im Zentrum stehende Debatte um dessen nationalsozialistische Vergangenheit ist ein wichtiger Beitrag in einer bis heute weitgehend verdrängten deutschen Diskussion. Vielleicht wäre ein anderer, dem Inhalt angemessener Titel sinnvoll gewesen. Auch hätte dem Text ein ordentliches Lektorat gutgetan, da einige Quellen ungeklärt oder missverständlich bleiben.

Zitierempfehlung

Ralf Ptak, Rezension zu: Thomas Großbölting, Alfred Müller-Armack – die politische Biografie eines Ökonomen, Aschendorff Verlag, Münster 2023, in: Archiv für Sozialgeschichte (online) 64, 2024, URL: <<https://library.fes.de/pdf-files/afs/81985.pdf>> [9.4.2024].

² Alfred Müller-Armack, Entwicklungsgesetze des Kapitalismus. Ökonomische, geschichtstheoretische und soziologische Studien zur modernen Wirtschaftsverfassung, Berlin 1932, S. 38.

³ Ebd., S. 18 u. 42.

⁴ Vgl. Thomas Biebricher/Ralf Ptak, Soziale Marktwirtschaft und Ordoliberalismus zur Einführung, Hamburg 2020, S.77-148.

⁵ Uwe Fuhrmann, Die Entstehung der »Sozialen Marktwirtschaft« 1948/49. Eine historische Dispositivanalyse, Konstanz 2017.



BENEDIKT JOSEF NEUROTH

Das Private in der Sicherheitsgesellschaft
Umstrittene Freiheitsrechte in den USA 1963-1977
(Bürgertum. Neue Folge, Bd. 23)

Vandenhoeck & Ruprecht | Göttingen 2023
422 Seiten, gebunden | 70,00 €
ISBN 978-3-525-30222-4

rezensiert von

ANTONIA WEGNER, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg

Wer die gegenwärtigen politischen Verwerfungen der US-Gesellschaft aus historischer Perspektive verstehen will, setzt oft bei den tiefgreifenden Verschiebungen in den 1960er- und 1970er-Jahren an. Auch Benedikt Josef Neuroth untersucht in seiner Dissertation mit den Auseinandersetzungen um »privacy« und »security« zwischen 1963 und 1977 einen Diskurs aus diesem Zeitraum, dessen intellektuelle und politische Folgen ihm zufolge bis heute reichen. Der Autor zeigt anhand von drei Schlüsselkonflikten – um Datenschutz, um die Arbeit der Geheimdienste und um Reproduktionsrechte –, wie unterschiedliche Akteur*innen in verschiedenen Politikfeldern mehr bürgerliche Mitbestimmung bei der Gestaltung der Übergänge zwischen der individuellen und der gesellschaftlichen Sphäre einforderten. »Privacy« und »security« wurden – ähnlich anderen politischen Grundbegriffen des 20. Jahrhundert – zu populären und flexibel einsetzbaren politischen Leitideen, die oft in Spannung zueinander standen.¹ Einen frischen und in vielerlei Hinsicht anregenden Blick auf zentrale Entwicklungslinien der US-Gesellschaft seit den 1960er-Jahren bietet Neuroth vor allem dank der Kombination von auf den ersten Blick sehr unterschiedlichen Diskursen – Datenschutz und Verhütung. Auch wenn er den zeitgenössischen Bezügen zwischen diesen Konfliktfeldern nicht eigens nachgeht, überzeugt sein Vorschlag, die neuen Ansprüche auf »privacy« als Reaktion auf die »gewandelte Staatstätigkeit« (S. 378) zu verstehen. Dazu rechnet der Historiker die wachsende Bürokratie wohlfahrtsstaatlicher Programme wie Lyndon Johnsons »Great Society«, insbesondere aber die »entstehende Sicherheitsgesellschaft« in den USA im 20. Jahrhundert.

Mit dem Konzept der »Sicherheitsgesellschaft« schließt die Studie konzeptionell an die Arbeiten von Michel Foucault an, dessen Theorien zu Gouvernementalität und Überwachung ihr Analyseinstrumentarium bilden. Mit dem Neologismus »Privarität« erfasst Neuroth darüber hinaus Maßnahmen zur Begrenzung von Staatlichkeit (S. 24). Sinnvollerweise schlägt der Autor vor, »privacy« und »security« als Quellenbegriffe zu betrachten, die zeitgenössischen

¹ Vgl. Christian Geulen, Plädoyer für eine Geschichte der Grundbegriffe des 20. Jahrhunderts, in: Zeithistorische Forschungen 7, 2010, S. 79–97.

Verwendungsweisen aber auch auf ihre handlungspraktischen Folgen hin zu befragen. Wer sich für regierungsinterne oder juristische Abläufe interessiert, wird die ausführliche Darstellung auf breiter empirischer Basis schätzen. Wichtige analytische Befunde werden leider oft nur nebenbei geäußert. Primär wertet Neuroth Archivdokumente staatlicher Institutionen aus der Exekutive, Legislative und Judikative sowie Unterlagen der zivilgesellschaftlichen Organisationen *American Civil Liberties Union (ACLU)*, *Planned Parenthood (PP)* und *National Organization for Women (NOW)* aus. Punktuell hinzugezogen werden wissenschaftliche und publizistische Schriften. Es handelt sich jedoch nicht um eine konsequente ideenhistorische Auswertung, die zeitgenössische Denk- und Wahrnehmungsmuster ermitteln und systematisieren würde. Tatsächlich hätte man gerne mehr über die tieferliegenden Motive und die intellektuellen sowie moralischen Prämissen der unterschiedlichen Akteur*innen gewusst, um die Gründe für wegweisende Gerichtsentscheidungen, Gesetzesreformen oder auch ihr Scheitern besser zu verstehen.

Ein einführendes erstes Kapitel stellt überzeugend die Ausgangspunkte des »privacy«-Diskurses im »New Deal« der 1930er Jahre und im aufziehenden Kalten Krieg mit seinem wachsenden Antikommunismus in den späten 1940er- und 1950er-Jahren dar. Neue Datentechnologien fanden sowohl beim Ausbau des Sozialstaates als auch bei der nach innen und außen gerichteten Sicherheitspolitik der USA Nutzen. Zugleich erschienen sie bedrohlich. Die Wissenschaft widmete sich ab Ende der 1950er-Jahre verstärkt dem Konzept »privacy« und es kam zu ersten juristischen Klagen auf verletzte Privatsphäre, meist vergeblich. Auch die Liberalisierung des Verhütungsrechts forderten Sozialreformer bis in die frühen 1960er-Jahre eher noch aus bevölkerungspolitischen, nicht aus privatrechtlichen oder gar feministischen Gründen (S. 78).

Ab 1963 folgt die Studie der Karriere des Konzepts »privacy« nach US-Präsidentschaften gegliedert. Die entscheidende Veränderung, die Politisierung von »privacy« unter Johnson (1963–1969), ist Gegenstand des zweiten und umfangreichsten Kapitels. Neuroth führt sie auf das nachdrückliche Engagement von ACLU, PP und Datenschutzaktivist*innen zurück. 1965 begründete der Supreme Court die Legalisierung von Verhütungsmitteln in der Ehe mit dem »right to privacy« (S. 122) und besiegelte so, dass Reproduktion von einem demografischen Problem zu einer »privaten« Frage geworden war. Derweil scheiterte die Einrichtung eines nationalen Datenzentrums auch deshalb, weil das Ideal von »privacy« stärker ins Gewicht fiel als Bestrebungen zur administrativen Vereinheitlichung oder wissenschaftliche Interessen an der Verknüpfung von »micro data« (S. 179). Auch der *Freedom of Information Act* von 1966 stärkte die Rechte der Bürger*innen gegenüber staatlicher Informationspolitik, während sich die Privatwirtschaft vielen gesetzlichen Vorgaben entzog, indem sie auf die »privacy« ihrer Kunden verwies (S. 153). Mit weniger Erfolg forderten dagegen Aktivist*innen der Neuen Sozialen Bewegungen das Ende ihrer Überwachung durch die Geheimdienste. FBI und CIA hielten auch dann noch an dem Paradigma der Gewaltprävention fest, als dessen Zielverfehlung immer stärker zutage trat (S. 213).

Neuroth illustriert, wie die Suche nach der Balance zwischen »privacy« und »security« von gegensätzlichen Interessen verschiedener Staatsinstanzen (beispielsweise Kongress und Militär), Kompetenzstreitigkeiten zwischen Behörden und parteipolitischen Profilierungsbemühungen geprägt war. Er rechnet die Konflikte den übergeordneten Veränderungen im Planungsdenken und zugleich der Durchsetzung pluralistischer Gesellschaftsvorstellungen zu. Einmal argumentativ verfügbar, zeigten sich außerdem direkt die Vielfalt und Ambivalenz der Aneignung von »privacy«. So hielt zum Beispiel die Katholische Kirche die sozialpolitisch begründete Verhütungspolitik der Johnson-Regierung für eine Bevormundung ärmerer Bevölkerungskreise, womit sie freilich vor allem ihre eigenen Ansichten über Sexualität zu stärken suchte (S. 126). Neuroth widersteht damit dem Reiz allzu einfacher Liberalisierungsnarrative in Bezug auf die »sexuelle Revolution«. Ebenso treffend stellt er heraus, dass die Geheimdienste unter Johnson ihre Überwachungsmaßnahmen ausweiteten und sich in den Maßnahmen der »Great Society« rassistische ebenso wie klassistische Stereotype einschrieben.

Mit der Diagnose einer sich seit den 1960er-Jahren verschärfenden »Krise des Liberalismus« reiht Neuroth sich in eine prinzipiell begrüßenswerte kritische Neubewertung der großen US-

amerikanischen Sozialreformen ein (S. 97–99).² Seine Deutung neigt jedoch dazu, im Gegenzug die emanzipativen Effekte der sozialstaatlichen Programme zu unterschätzen, da er den Vorkämpfer*innen von »privacy« tendenziell mehr Glauben schenkt als ihren jeweiligen Gegenkräften, damit Teile des zeitgenössischen Krisendiskurses reproduziert und doch die verschiedenen Positionen implizit an seinen eigenen, staatskritischen Idealen misst (mit Ausnahme der Forderung nach mehr staatlicher Regulation der Privatwirtschaft, S. 365f.).³ Es bleibt offen, ob und wie Akteur*innen unter Verweis auf »privacy« Reformen zu delegitimieren versuchten, die der Gleichstellung bislang diskriminierter Menschen – Schwarze, Frauen, Homosexuelle – dienen sollten.

Das dritte Kapitel argumentiert, dass Verfechter*innen von »privacy« zwischen 1969 und 1974 von dem allgemein wachsenden Misstrauen gegenüber staatlichen Institutionen profitierten und dieses gleichzeitig schürten. Neuroth stellt anhand mehrerer Gerichtsprozesse gegen publik gewordene Geheimdienstoperationen dar, wie die Planungseuphorie an ihr Ende kam, ohne dass eine Alternative zu präventiver, massenhafter Datensammlung gefunden war. Eine neue Wendung des »privacy«-Diskurses, aber auch der Praktiken zur Überwachung politischer Gegner*innen sieht Neuroth im Abklingen linker Proteste und im Watergate-Skandal, da Nixon zunächst sein Amt missbrauchte und sich dann mithilfe des »right to privacy« zu schützen suchte (S. 318). Insbesondere die Aufarbeitung des Watergate-Skandals ermöglichten unter Gerald Ford die Herausbildung eines »Konsens zu privacy« (S. 323), auch wenn sich die Konflikte um »privacy« und »security« weiterhin um die gleichen Fragen drehten (Kapitel 4). Reformen wie der *Privacy Act* von 1974 unterstellten die Geheimdienste und den politischen Betrieb neuen Transparenzregeln. An der so etablierten Ordnung der Sicherheits- und Freiheitsrechte rüttelten grundlegend weder die zahlreichen Gesetzesreformen und Justizentscheidungen von 1977 bis heute, über die das vorletzte Kapitel einen knappen Abriss bietet, noch das Ende des Kalten Krieges oder die Anschläge vom 11. September 2001. Auch das Fazit betont, dass Gesetzgeber und Supreme Court trotz der wiederholten Forderung nach Vereinheitlichung keine übergeordnete Leitlinie für »privacy« ausarbeiteten, sondern in bestimmten Bereichen die Privatrechte ausbauten, in anderen dagegen die Befugnisse der Geheimdienste (S. 376).

Bedauerlich ist, dass der Autor seine Untersuchung nicht in den florierenden Forschungsdebatten der US-Zeitgeschichte verortet und daher das Innovationspotential seiner Thematik nicht voll ausschöpft. Dabei würde sich das Begriffspaar »privacy« und »security« wunderbar eignen, um den beispielsweise unter Schlagwörtern wie Individualisierung, Polarisierung und Neoliberalismus intensiv beforschten Fragen nach dem Verhältnis struktureller Veränderungen und neuer gesellschaftlicher Konflikte nachzugehen.⁴ Wünschenswert wäre auch eine genauere Begründung bestimmter konzeptioneller Entscheidungen gewesen, beispielsweise die Gliederung nach Präsidentschaften oder die Definition und empirische Erfassung zentraler Analysebegriffe wie Gesellschaft, Staat und Sicherheit. Obwohl Neuroth selbst die begrenzte Erklärungskraft von Foucaults Theorien für seinen Untersuchungsgegenstand feststellt (S. 228), erwägt er keine anderen auf die Befunde passenden Analysedimensionen. So übernimmt die Studie spezifische Werturteile und bedenkt nicht, dass Foucaults Ideen selbst im Untersuchungszeitraum entstanden und zum größeren zeitgenössischen Diskurs um Sicherheit, Grundrechte und Staatlichkeit gehörten. Dennoch ist es erkenntnisfördernd, dass sich der Autor für die Historisierung dieses Diskurses auf die USA konzentriert. Indem Neuroth den Aufstieg der Konzepte »privacy« und »security« nicht über die Höhenkammliteratur erschließt, sondern über eine Vielfalt wichtiger Protagonist*innen, Diskursstränge und konkreter politisch-juristischer Prozesse, zeigt er auf, wie vielfältig und uneinheitlich sich der US-amerikanische Staat im

² Vgl. *Elizabeth Hinton*, *From the War on Poverty to the War on Crime. The Making of Mass Incarceration in America*, Cambridge 2016.

³ Vgl. dagegen *Julian E. Zelizer*, *The Fierce Urgency of Now. Lyndon Johnson, Congress, and the Battle for the Great Society*, New York 2015; *Joshua Zeitz*, *Building the Great Society. Inside Lyndon Johnson's White House*, New York 2018.

⁴ Vgl. *Daniel T. Rodgers*, *Age of Fracture*, Cambridge, Mass. 2012; *Bruce J. Schulman*, Post-1968 U.S. History. Neo-Consensus History for the Age of Polarization, in: *Reviews in American History* 47, 2019, S. 479–499.

Konkreten ausformte.⁵ Mit diesem Weg erschließt die Studie einen wichtigen Aspekt der US-amerikanischen Zeitgeschichte als Vorgeschichte der Gegenwart für ein deutsches Publikum und regt auf vielerlei Art zur weiteren Beschäftigung an.

Zitierempfehlung

Antonia Wegner, Rezension zu: Benedikt Josef Neuroth, *Das Private in der Sicherheitsgesellschaft. Umstrittene Freiheitsrechte in den USA 1963–1977*, Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 2023, in: *Archiv für Sozialgeschichte* (online) 64, 2024, URL: <<https://library.fes.de/pdf-files/afs/81986.pdf>> [9.4.2024].

⁵ Vgl. auch *William J. Novak*, The Myth of the »Weak« American State, in: *The American Historical Review* 113, 2008, S. 752–772.



STEFANIE PALM

Fördern und Zensieren.
Die Medienpolitik des Bundesinnenministeriums nach
dem Nationalsozialismus
(Veröffentlichungen zur Geschichte der deutschen
Innenministerien nach 1945, Bd. 7)

Wallstein Verlag | Göttingen 2023
592 Seiten, gebunden | 46,00 €
ISBN 978-3-8353-3480-9

rezensiert von

JÜRGEN WILKE, Johannes Gutenberg-Universität Mainz

Die vorliegende Studie gehört in die Serie von Untersuchungen, die dem Aufbau der Ministerien in der Bundesrepublik Deutschland in der Nachkriegszeit gewidmet sind. In ihr steht zum wiederholten Male das Bundesinnenministerium im Zentrum, mit dem Schwerpunkt diesmal allerdings auf der dort betriebenen Medienpolitik.¹ Sie greift damit gezielt nur einen Teil der Zuständigkeit dieses Ministeriums auf, und zwar denjenigen, für den zumindest damals der hier dafür verwendete Begriff noch gar nicht in Gebrauch war. Erst seit den 1970er-Jahren wurde es hierzulande üblich, mit dem Begriff »Medien« die Gesamtheit der Techniken zur Massenkommunikation zu bezeichnen (Presse, Film, Rundfunk). Das gilt auch für den davon abgeleiteten Begriff »Medienpolitik«. Dessen ungeachtet waren die politischen Instanzen in der Bundesrepublik freilich schon vorher damit befasst, regulierend auf die gesellschaftliche Kommunikation einzuwirken.

Der Spielraum dafür, der im Titel kurz mit den operativen Modi des Förderns und Zensierens umrissen wird, war allerdings von Beginn an begrenzt. Das hatte vor allem mit der Abkehr vom Nationalsozialismus und der Rückkehr zu demokratischen Verhältnissen zu tun, insbesondere der in Art. 5 GG garantierten Presse- und Informationsfreiheit. Daraus folgerte man eine Zeit lang sogar, dass die beste Medienpolitik gar keine sei.² Das war freilich illusorisch. Hinzu kam überdies die von den Vätern und Müttern des Grundgesetzes geschaffene Kompetenzverteilung, wonach die Zuständigkeit für die Kultur den Bundesländern zufiel, was den Zentralstaat diesbezüglich einengte. Umso mehr mag es vielleicht überraschen, dass Stefanie Palm ihre Untersuchung zur Medienpolitik des Innenministeriums auf mehr als 500 Seiten ausbreitet. Von einer *quantité négligeable* kann also keine Rede sein.

¹ Vgl. auch (mit Beteiligung der Autorin) Frank Bösch/Andreas Wirsching (Hrsg.), Hüter der Ordnung. Die Innenministerien in Bonn und Ost-Berlin nach dem Nationalsozialismus, Göttingen 2018.

² Vgl. Jürgen Wilke, Bedeutung und Gegenstand der Medienpolitik. Skizze eines Feldes praktischer Politik und wissenschaftlicher Analyse, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 9/1985, S. 3-16, hier S. 6.

Die Studie ist quellenmäßig breit fundiert. Sie schöpft nicht nur aus den Akten des Ministeriums im Bundearchiv, sondern für Teilaspekte auch aus zahlreichen anderen Archiven. Ergänzende Interviews konnten nur wenige durchgeführt werden, da die meisten der damaligen Akteure längst verstorben sind. Das ist bedauerlich, weil die Darstellung damit so gut wie ausschließlich auf dem papierenen Niederschlag der untersuchten Vorgänge basiert und nicht oder nur am Rande die nicht in diese Quellen eingegangene subjektive Wahrnehmung von zeitgenössischen Akteuren in Betracht gezogen werden kann. Über 40 Seiten umfasst zudem das Literaturverzeichnis.

Methodisch verschreibt sich die Studie dem »politikwissenschaftlichen Ansatz des akteurszentrierten Institutionalismus« (S. 11), demzufolge das Ministerium als »kooperativer Akteur« (ebd.) erscheint, das von den in ihm tätigen Personen geprägt wird. Das bedeutet, dass große Teile der Studie aus der Rekonstruktion der Lebensläufe der relevanten Akteure entstanden sind. Mehrfach spricht die Verfasserin von dem »biographischen Gepäck« (z.B. S. 532), das diese mit sich führten, womit vor allem gemeint ist, wie sie in der Weimarer Republik und im Dritten Reich agiert hatten und ob und wie sie sich dem Nationalsozialismus angedient hatten. Denn in der Tat bestätigt sich in diesem Fall – wie in den anderen gleichartigen Untersuchungen –, dass das ministerielle Personal mehr oder weniger stark durch eine NS-Vergangenheit belastet war. Die Mitgliedschaft in NSDAP und SA, vereinzelt auch in der SS, wurde bei der beruflichen Neurekrutierung nach 1945 zumeist verschwiegen oder heruntergespielt. Indem die Verfasserin das Verwaltungshandeln der Akteure ziemlich umstandslos mit ihrer NS-Vergangenheit in Zusammenhang bringt, verzichtet sie jedoch darauf, den unterstellten kausalen Nexus zwischen »biographischem Gepäck« und politischem Handeln in der Nachkriegszeit theoretisch näher auszuleuchten.

Nach der Einleitung ist die Studie in vier große Kapitel gegliedert. Im ersten wird gewissermaßen der ministerielle Apparat geschildert, in dem der Untersuchungsgegenstand seinen Platz hatte. Kernzelle war die Kulturabteilung des Bundesinnenministeriums, deren Stellung wegen der limitierten Bundeszuständigkeit prekär war. Das schloss Revierkämpfe mit anderen Regierungsstellen bis hin zu Bundeskanzler Adenauer nicht aus, im Gegenteil. Denn man suchte selbstverständlich, den eigenen Spielraum extensiv auszulegen. Außer auf das ministerielle Arrangement geht Palm auf die Personalpolitik im Innenministerium ein und porträtiert die aufeinander folgenden Leiter der Kulturabteilung und die maßgeblichen Referenten. Eine Sonderstellung räumt sie von Beginn an dem Referat für Presse, Rundfunk und Film ein.

Im zweiten Kapitel werden vier thematische Teilkomplexe abgehandelt. Zunächst geht sie auf institutionelle Bestrebungen ein. Während die Gründung eines Informationsministeriums wegen der unvermeidlichen Erinnerung an Goebbels scheitern musste, gelang im Bildungsbereich die Wiedererrichtung der aus der Weimarer Republik stammenden Bundeszentrale für Heimatdienst (später: für politische Bildung). Danach geht es um Kontroversen mit den Besatzungsmächten, und zwar bei der Gewährung von Krediten an neu- oder wiedergegründete Zeitungen, aber auch bei der Genehmigung amerikanischer Rundfunksender auf deutschem Boden. Das dritte Unterkapitel ist dem »guten« Film gewidmet, also pädagogisch motivierten Vorkehrungen gegenüber schädlichen Einflüssen des Kinos auf Jugendliche. Hier erreichte man immerhin eine Bundesbeteiligung an der Freiwilligen Selbstkontrolle der Filmwirtschaft (FSK) und an der Filmprämierung. Viel Aufsehen erregte 1952 der letztlich ebenfalls fehlgeschlagene Versuch der Schaffung eines Bundespressegesetzes, das beträchtliche staatliche Kontrollmechanismen vorsah. Der Fall ist bereits mehrfach behandelt worden, wenn auch nirgendwo so eingehend wie hier.

Da das Bundesinnenministerium mit der Mehrzahl seiner medienpolitischen Initiativen gescheitert war oder lediglich begrenzte Möglichkeiten der Einflussnahme erzielt hatte, sieht Stefanie Palm in der Folgezeit eine Abkehr des Ministeriums von medialen Großthemen. Freilich verblieben Optionen in verschiedenen Feldern und insbesondere in Medienkonflikten. Das gilt z.B. für die Studentenbewegung Ende der 1960er-Jahre. Die Aktivitäten des Referats für Schul-, Erziehungs- und Bildungswesen liegen allerdings eher am Rande der in dieser Studie fokussierten Thematik. Im Presserecht setzte man sich weiterhin für die Berücksichtigung staatlicher Belange ein, materiell etwa gegen ein zu weit reichendes Zeugnisverweigerungsrecht für Journalisten. Der

Aktualisierung geschuldet ist es, wenn Palm die Auseinandersetzung um die Veröffentlichung geheimer Unterlagen durch Journalisten unter dem Begriff »Whistleblower« abhandelt. Sie zeigt das vor allem an der 1959 von einem Reporter des *Stern* ausgelösten »Nayhauß-Affäre«. In weiteren Teilkapiteln geht es um den Ehrenschatz sowie um die Pläne für ein Notstandspressegesetz. Hier drängte das Ministerium in der Regel auf strengere Vorschriften als man im Journalismus und in der medialen Öffentlichkeit zu akzeptieren bereit war. Im vierten, relativ kurzen Hauptkapitel konstatiert Palm dann eine Krise der Kulturabteilung in den späten 1960er-Jahren. Ein Fazit mit generellen Schlussfolgerungen schließt die Untersuchung ab. Palm resümiert ihr insgesamt kritisches Urteil über die vom Innenministerium betriebene, aber weithin fehlgeschlagene staatliche Medienpolitik, konzidiert aber in mehrfacher Hinsicht »Lernprozesse«.

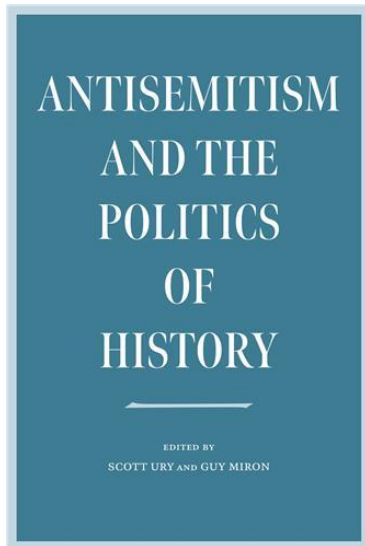
Stefanie Palm hat eine kenntnisreiche, ja erschöpfende Studie zur Medienpolitik des Bundesinnenministeriums vorgelegt. Vieles davon war zwar bisher schon bekannt, wurde aber noch nicht in einem so breiten Kontext systematisch dargestellt. Das ist ein großer Gewinn, verlangt aber auch geduldige Lektüre. Vor allem wird deutlich, dass die Durchsetzung einer freien Medienlandschaft in der Bundesrepublik nach dem Zweiten Weltkrieg nicht selbstverständlich war, sondern auf erhebliche Beharrungskräfte stieß. Die Widerstände führt Palm vor allem auf eine aus der deutschen Tradition stammende »antiliberal etatistische« (S. 23) Grundhaltung in der Ministerialbürokratie zurück. Woran es der Studie vielleicht fehlt, ist ein Gefühl für das Meinungsklima, aus dem heraus bestimmte Handlungen in den 1950er- und 1960er-Jahren gerechtfertigt erscheinen mochten. Das betrifft beispielsweise die damals wahrgenommene Bedrohung durch den Sowjetkommunismus. Nach meinem Eindruck scheint die Verfasserin diese zu unterschätzen bzw. die Reaktionen darauf für hypertroph zu halten, wie es nach dem Zusammenbruch von 1989 manchen vielleicht naheliegen mag. Mehrfach werden Wertungen ausdrücklich »aus heutiger Sicht« (z.B. S. 281) vorgenommen, ohne dass deren Begründung immer einsichtig wäre. Das gilt auch für gelegentliche Attribuierungen, so wenn Verhaltensweisen als »freimütig« (S. 217), »willig« (S. 223) oder »reflexartig« (S. 233 u. 368) eingestuft werden.

Stefanie Palm meint aber auch bestimmte Annahmen der bisherigen Mediengeschichtsschreibung korrigieren zu können, so die von Hodenberg aufgestellte und häufig wiederholte These vom »Konsensjournalismus« in der frühen Bundesrepublik.³ Doch wird man auch gegen Palms Untersuchung etwas kritisch einwenden können, nämlich dass sie gegenüber den Medien durchweg sehr wohlwollend ausfällt. Ist es gänzlich verfehlt, wenn politik- und kommunikationswissenschaftliche Diagnosen zu dem Schluss kommen, die Gewichte zwischen Staat und Medien hätten sich in der Bundesrepublik in der Nachkriegszeit zunehmend zugunsten der letzteren verschoben?

Zitierempfehlung

Jürgen Wilke, Rezension zu: Stefanie Palm, Fördern und Zensieren. Die Medienpolitik des Bundesinnenministeriums nach dem Nationalsozialismus, Wallstein Verlag, Göttingen 2023, in: Archiv für Sozialgeschichte (online) 64, 2024, URL: <<https://library.fes.de/pdf-files/afs/81987.pdf>> [9.4.2024].

³ Christina von Hodenberg, Konsens und Krise. Eine Geschichte der westdeutschen Medienöffentlichkeit 1945–1973, Göttingen 2006.



SCOTT URY/GUY MIRON (HRSG.)

Antisemitism and the Politics of History
(The Tauber Institute Series for the Study of European Jewry)

Brandeis University Press | Waltham, Mass. 2023
384 Seiten, Paperback | \$ 40,00
ISBN 9781684581801

PETER ULLRICH/SINA ARNOLD/ANNA DANILINA U.A. (HRSG.)

Was ist Antisemitismus?
Begriffe und Definitionen von Judenfeindschaft
(Studien zu Ressentiments in Geschichte und Gegenwart, Bd. 8)

Wallstein Verlag | Göttingen 2024
315 Seiten, Klappenbroschur | 24,00 €
ISBN 978-3-8353-5070-0

rezensiert von

ANDREAS RENTZ, Zentrum für Holocaust-Studien, München

Um den Jahreswechsel 2023/24 erschienen mit dem Band »Antisemitism and the Politics of History« des *Tauber Institute for the Study of European Jewry* und dem Band »Was ist Antisemitismus« des Berliner Zentrums für Antisemitismusforschung (ZfA) gleich zwei neue Sammelbände, die sich mit Definitionen und Konzeptionen von Antisemitismus auseinandersetzen. Nach dem Pogrom der Hamas am 7. Oktober 2023 könnte der Zeitpunkt kaum geeigneter zu sein, um aus geschichts- und sozialwissenschaftlicher Perspektive den Antisemitismusbegriff erneut zu beleuchten. Dabei ist dieser Zeitpunkt tatsächlich Zufall: Beim Band des Tauber Institute handelt es sich um eine englische Übersetzung eines 2020 zunächst auf Hebräisch erschienenen Sammelbandes, die den Pogrom entsprechend mit keinem Wort erwähnt.

Und auch die Veröffentlichung des ZfA wurde bereits vor dem 7. Oktober konzipiert. An der Relevanz beider Publikationen ändert das jedoch nichts.

Dreh- und Angelpunkt des Bandes des Tauber Institute, der von Scott Ury (Tel Aviv University) und Guy Miron (Open University of Israel) herausgegeben wurde und hauptsächlich Beiträge israelischer Historiker*innen beinhaltet, bildet die Auseinandersetzung mit einem 2009 erschienen Artikel des Holocaustforschers David Engel. Unter dem Titel »Away from a Definition of Antisemitism« stellte Engel darin die Nützlichkeit des Antisemitismusbegriffs grundsätzlich infrage, da zu viele unterschiedliche historische Phänomene ohne erkennbaren Zusammenhang darunter subsumiert würden: Ideologeme genauso wie soziale Bewegungen oder Handlungen, die Jüdinnen*Juden schaden.¹ Der Titel des Artikels war eine Anspielung auf die 1990 von Gavin I. Langmuir veröffentlichte und breit rezipierte Studie »Toward a Definition of Antisemitism«, deren Versuch einer begrifflichen Fassung der Essenz von Antisemitismus Engel ebenso zurückwies wie jeden anderen auch.² Er begründete das damit, dass die verschiedenen Definitionsversuche einander widersprechen würden, ohne sich jedoch mit ihnen im Einzelnen auseinanderzusetzen. Unterschiedliche Verwendungen des Antisemitismusbegriffs reichen Engel aus, um für einen vollständigen Verzicht auf ihn zu plädieren. Auch wenn Engels Argumentation nicht völlig überzeugt, sind seine Bedenken nicht ohne weiteres abzutun: Sie verweisen auf das tieferliegende Problem unklarer und disparater Begriffsverwendungen im Bereich der Antisemitismusforschung. Eine gekürzte Version seines Artikels findet sich im Sammelband des Tauber Institute direkt im Anschluss an die Einleitung. Diese wurde von Ury und Miron verfasst und nimmt Engels Kritik zum Ausgangspunkt für die Leitfrage des Bandes, ob »Antisemitismus« der richtige Terminus zur Beschreibung und Erklärung der verschiedenen ihm zugeordneten historischen und sozialen Phänomene sei und welche alternative Terminologie für die Verwendung in akademischen und öffentlichen Diskursen sinnvoll sein könnte. Davon ausgehend plädieren sie dafür, Vorstellungen einer bruchlosen Geschichte des Antisemitismus von der Antike bis heute, von der Shoa als logischer Konsequenz des Antisemitismus, seines fundamentalen Unterschieds zu anderen Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und eines »new antisemitism«, der sich gegen die Existenz oder die Politik Israels richtet, kritisch zu hinterfragen.

Die meisten der folgenden Beiträge beziehen sich explizit auf die Kritik Engels, aber nur die wenigsten ziehen denselben radikalen Schluss, den Antisemitismusbegriff ersatzlos zu streichen. So bemüht sich etwa Amos Morris-Reich um ein dynamisches und dialektisches Verständnis von Antisemitismus, der wie seine historischen Kontexte stetigen Wandlungen unterworfen ist und dessen Begriff in seiner Abstraktion notwendig ist, um zwischen verschiedenen historischen und sozialen Phänomenen Verbindungen zu erkennen. In eine ähnliche Richtung geht der Aufsatz von Susannah Heschel: Auch sie spricht sich für die Verwendung des Begriffs aus, weil er den Zusammenhang verschiedener disparater Phänomene veranschaulicht. Statt Antisemitismus als eine geradlinige, kontinuierliche und zielgerichtete Geschichte zu verstehen, sollte er als unbewusste oder verschwiegene Sammlung von Mythen und Ideen verstanden werden, die in verschiedenen Kontexten aktiviert werden können. Einer der wenigen Artikel, die Engel beipflichten und sich ebenfalls gegen die Verwendung des Antisemitismusbegriffs aussprechen, stammt von Arie M. Dubnov. Er begründet das mit der angeblich inflationären Verwendung des Begriffs, um Kritik an Israel und am Zionismus zu verunmöglichen, und plädiert am Beispiel der britischen Jüdinnen*Juden dafür, jeden begrifflichen Unterschied zwischen Antisemitismus, Rassismus und Xenophobie zu eliminieren (»eliminate«, S. 247). Da sich insbesondere der Antizionismus nicht gegen britische Jüdinnen*Juden, sondern gegen Israel richte, sei der Antisemitismusbegriff für Großbritannien ungeeignet. Vor dem Hintergrund, dass es bereits 2016 zu Angriffen auf jüdische Studierende durch Anhänger*innen der antizionistischen BDS-Bewegung in Großbritannien kam und sich die Zahl antisemitischer Vorfälle an britischen

¹ David Engel, *Away from a Definition of Antisemitism. An Essay in the Semantics of Historical Description*, in: Jeremy Cohen/Moshe Rosman (Hrsg.), *Rethinking European Jewish History*, Oxford 2009, S. 30–53.

² Gavin I. Langmuir, *Toward a Definition of Antisemitism*, Berkeley, Calif. 1990.

Hochschulen seit dem 7. Oktober 2023 um 400 Prozent erhöht hat, erscheinen Aussagen dieser Art sachlich falsch und fahrlässig zugleich.³

Das letzte Wort wird David Engel überlassen, der auf einige der besprochenen Beiträge eingeht, aber an seiner grundsätzlichen Forderung, auf den Antisemitismusbegriff zu verzichten, festhält. Er begründet das damit, dass es keine Definition von Antisemitismus gäbe, die ein »intrinsic attribute« (S. 340, 343f.) nennen könnte, das auf alle als antisemitisch bezeichneten Phänomene zutreffen würde. Dabei geht er auch konkret auf jene Autor*innen des Bandes ein, die sich für eine eingeschränkte Begriffsverwendung aussprechen, und auf die unterschiedlichen und einander teils ausschließenden Verwendungsweisen in den einzelnen Beiträgen. Er plädiert schließlich dafür, eine differenzierte Terminologie zu entwickeln, die jüdische Sicherheits- und Gefährdungswahrnehmungen zum Ausgangspunkt nimmt. Nun sind selbstverständlich jüdische Wahrnehmungen bei der Bestimmung dessen, was antisemitisch oder judenfeindlich ist, ernst zu nehmen und zu berücksichtigen. Dennoch ist Engels Schlussfolgerung problematisch, da er letztlich dafür plädiert, auf eine Untersuchung jener Ideologien zu verzichten, die den Ursprung judenfeindlicher Aktivitäten bilden und die dadurch unerklärt bleiben müssen. Solange Jüdinnen*Juden nichts davon mitbekommen, dass beispielsweise irgendwo von angeblichen jüdischen Ritualmorden die Rede ist, und sich daher auch nicht in ihrer Sicherheit gefährdet fühlen, würde es sich nach Engel nicht um antisemitische Vorfälle handeln. Es ist auch bezeichnend, dass Engel ausgerechnet die Skizze von Morris-Reich, der sich um ein komplexes Verständnis des Antisemitismusbegriffs bemüht, unberücksichtigt lässt.

Der Sammelband des Tauber Institute verdeutlicht ein grundsätzliches Problem, nämlich den mangelnden Austausch zwischen Antisemitismusforscher*innen aus den Sozialwissenschaften einerseits und den Geschichtswissenschaften andererseits. Die meisten Beiträge stammen von Historiker*innen. Die sozialwissenschaftlichen Antisemitismustheorien international bekannter Gelehrter wie Jean-Paul Sartre, Max Horkheimer, Theodor W. Adorno oder Moishe Postone werden im ganzen Band mit keinem Wort erwähnt. Hier bietet sich als Ergänzung die Lektüre des vom ZfA vorgelegten Bandes an, in dem zahlreiche Soziolog*innen zu Wort kommen. Im Unterschied zur Veröffentlichung des Tauber Institute handelt es sich hier nicht um einen klassischen Sammelband, sondern um ein »genuin kollektives Produkt« (S. 12), das die Ergebnisse eines gemeinsamen Forschungsprojekts des ZfA und der Rosa-Luxemburg-Stiftung zusammenfasst. Der ZfA-Band stellt sich die Aufgabe, die »Vielfältigkeit von Antisemitismusverständnissen« und die »Schwierigkeit, Antisemitismus zu definieren« (S. 10), die von den unterschiedlichen Zugängen von Psycholog*innen, Soziolog*innen und Historiker*innen herrührten, aufzuzeigen. Er spricht auch Konflikte um gängige Definitionen in Hinblick auf den Nahostkonflikt an. Der Einleitung ist ein »Nachtrag« hintangestellt, in dem betont wird, dass das Buch vor dem 7. Oktober 2023 fertiggestellt worden sei und dass »vor diesem Hintergrund [...] der Zungenschlag einiger Darstellungen in diesem Buch etwas anders ausgefallen« wäre (S. 14), ohne dies jedoch näher zu erläutern.

Der Band liefert konzise Erläuterungen verschiedener Begriffe wie »Antijudaismus«, »Israelbezogener Antisemitismus« oder »Sekundärer Antisemitismus« und spricht dabei verschiedene Probleme und Kontroversen an, wie etwa die Schwierigkeit, Antijudaismus und Antisemitismus klar abzugrenzen, oder die Entstehung eines »Antisemitismus ohne Antisemiten« nach Auschwitz infolge einer sich bildenden Kommunikationslatenz (gemeint ist damit, dass sich aufgrund einer wahrgenommenen oder tatsächlichen Tabuisierung und formellen Diskreditierung des Antisemitismus infolge der Shoa die offene Artikulation entsprechender Ideologeme vom öffentlichen in den privaten Bereich verschob).⁴ Ein weiterer Abschnitt widmet sich verschiedenen »Positionen« der Antisemitismusforschung. Vorgestellt werden hier diverse

³ Vgl. <https://www.bpb.de/themen/antisemitismus/dossier-antisemitismus/328693/antisemitismus-in-der-bds-kampagne/>; <https://www.juedische-allgemeine.de/juedische-welt/400-prozent-anstieg-antisemitischer-vorfaelle-an-hochschulen/> [9.4.2024].

⁴ Vgl. Werner Bergmann/Rainer Erb, Kommunikationslatenz, Moral und öffentliche Meinung. Theoretische Überlegungen zum Antisemitismus in der Bundesrepublik Deutschland, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 38, 1986, S. 223–246.

Autor*innen, die sich in den vergangenen hundert Jahren zum Antisemitismus geäußert und sich in unterschiedlichem Ausmaß um eine begriffliche wie theoretische Annäherung bemüht haben. Über weite Strecken handelt es sich bei diesen Abschnitten um eine gelungene Überblicksdarstellung zentraler Begriffe und Thesen der Antisemitismusforschung, die leicht zugänglich vermittelt werden, ohne ihnen ihre Komplexität zu nehmen.

Der letzte Abschnitt des Bandes stammt ausschließlich vom Mitherausgeber Peter Ullrich und bemüht sich aus erkenntnis- und wissenschaftstheoretischer Perspektive um ein Verständnis für die Vielfältigkeit unterschiedlicher, bisweilen einander ausschließender Begriffe und Definitionen von Antisemitismus. Nachdem er quasi auf einer Metaebene die Ausdrücke »Begriff« und »Definition« geklärt hat, formuliert Ullrich »acht Probleme der Begriffsbildung von Antisemitismus« (S. 217), u. a. die historische Wandlungsfähigkeit des Begriffs und des durch ihn bezeichneten Gegenstands, die Frage nach der Spezifität des Antisemitismus, die ihn von anderen Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit unterscheidet, oder die Frage danach, inwieweit Handlungen als antisemitisch zu klassifizieren sind, die zwar in ihrer Wirkung Jüdinnen*Juden schaden, ohne das aber intendiert zu haben. Dabei wird auch knapp auf Engels Kritik eingegangen, der jedoch keine »Chance auf Durchsetzung« bescheinigt wird (S. 222). Insgesamt sind die Überlegungen Ullrichs durchaus anregend und scheinen auch notwendig, um sowohl das geläufige Verständnis von Antisemitismus kritisch zu reflektieren und weiterzuentwickeln, als auch sich im Rahmen der wissenschaftlichen Debatte einem komplexen Antisemitismusbegriff anzunähern.

Getrübt wird der vielfach positive Eindruck des Bandes jedoch vor allem an jenen Stellen, wo Antizionismus bzw. israelbezogener Antisemitismus thematisiert werden. Wie ein roter Faden zieht sich das Narrativ durch das Buch, dass hier ein Begriff inflationär auf legitime Formen des Antizionismus angewendet werde, die einem »nicht-nationale[n] jüdische[n] Selbstverständnis und/oder universalistische[n] Perspektiven« (S. 49) entspringen würden. Beanstandet wird eine »Politisierung der wissenschaftlichen Debatte« (ebd.), wobei mir fraglich erscheint, ob eine scharfe Trennung von Wissenschaft und Politik bei einem Thema mit so eindeutig politischen Implikationen überhaupt möglich ist und ob eine derartige Politisierung nicht gerade auch von einigen Autor*innen des Bandes vorgenommen wird.

Ein Kapitel widmet sich dem Nahostkonflikt und kommt zu dem Schluss, dass »Antizionismus oder Israelfeindschaft [...] nicht immer und nicht zwingend antisemitisch sein« (S. 87) müssten, weil diese Auseinandersetzung »im Kern [...] ein Konflikt zweier Nationalismen, die einen Anspruch auf das gleiche Territorium erheben«, sei (S. 86). Gewarnt wird vor einer Unterschätzung des israelisch-palästinensischen »Realkonflikts«, die entstünde, wenn Vorfälle aller Art »primär aus antisemitismustheoretischer Sicht« bzw. »primär aus Perspektive der Antisemitismuskritik« gedeutet würden, laut der jedwede »Gegnerschaft zum Zionismus und zu Israel [...] eine Form von Antisemitismus ist.« (S. 87; Hervorhebung i. O.) Als entgegengesetzte Pole der Antisemitismusforschung werden eine »Identitätsposition« (Antizionismus ist gleich Antisemitismus) und eine »Differenzposition« (Antizionismus und Antisemitismus sind zwei völlig verschiedene Phänomene) konturiert (S. 87). Plädiert wird sodann für eine in der Mitte liegende »Affinitätsposition«, die zwischen Antizionismus und Antisemitismus differenziert, ohne Überschneidungen auszuschließen. Des Weiteren werden die Argumentationsmuster der Konfliktparteien als »spiegelbildlich« bezeichnet (S. 88) und eine »erinnerungspolitische Formung der Nahostdebatten in Deutschland« beanstandet (S. 91-92). Die Arbeitsdefinition für Antisemitismus der *International Holocaust Remembrance Alliance* (IHRA) und Natan Sharanskys 3D-Test (welcher die Grenze zwischen legitimer Israel-Kritik und Antisemitismus daran misst, ob eine Kritik Israel dämonisiert, delegitimiert und im Vergleich zu anderen Staaten einen doppelten Standard anlegt)⁵ werden zurückgewiesen. Die von Antisemitismusforscher*innen wie Samuel Salzborn oder dem Aachener Centrum für Antisemitismus- und Rassismusstudien (CARS) ausgehend von der Kritischen Theorie entwickelten Antisemitismusmodelle, die sowohl die IHRA-Definition als auch den 3D-Text integrieren und auf dieser Basis zwar nicht jede Form von

⁵ Natan Sharansky, *Emerging Anti-Semitic Themes* (Foreword), in *Jewish Political Studies Review* 16, 2004, Nr. 3-4, S. 5-8.

Antizionismus, wohl aber jede Form von Israelfeindschaft, als Antisemitismus einstufen, werden im ZfA-Band nur knapp gestreift und als der »Identitätsposition« zugehörig zurückgewiesen. Ich halte diese Konzepte für überzeugender, weil sie einerseits der Vielschichtigkeit und Dynamik des Antisemitismus gerechter werden als die Versuche des ZfA, den Terminus einzuengen, und andererseits die empirischen Befunde des Nahostkonflikts besser erklären.⁶

Dagegen erhält die Philosophin Judith Butler im Abschnitt »Positionen« ein eigenes Kapitel an der Seite Sartres und Adornos. Sie wird als eine der »Ersten, die nicht nur die fatale politische Instrumentalisierung des Antisemitismusvorwurfs reflektieren und kritisieren, sondern damit die Ambivalenzen des ›Antisemitismus gegen Israel‹ in den Blick nehmen«, gewürdigt (S. 182). Zu ihren Verdiensten wird die Warnung vor der »Gefahr einer Entleerung des Begriffs« und »der repressiven Verwendung des Vorwurfs« des Antisemitismus (S. 185) gezählt, durch den »dem legitimen Protest enge Grenzen gesetzt« würden (S. 182). Zwar ist eine Auseinandersetzung mit den Thesen Butlers allein schon aufgrund ihrer Prominenz sicherlich notwendig, doch scheint es mehr als fragwürdig, diese Thesen, die die reaktionäre Vorstellung einer wirkmächtigen Antisemitismuskeule implizieren, dergestalt zu affirmieren, wie es im ZfA-Band geschieht.

Im direkten Vergleich beider Bände zeigen sich so nicht allein ihre jeweiligen Stärken und Schwächen, sondern auch verschiedene Schwierigkeiten der Antisemitismusforschung, auf die sie verweisen. Der Sammelband des Tauber Institute enthält viele lesenswerte Beiträge, demonstriert aber auch die mangelnde Beschäftigung von Historiker*innen mit der sozialwissenschaftlichen Antisemitismusforschung, die im Band des ZfA geleistet wird. Dieser wiederum zeigt nicht nur die Vielgestaltigkeit der Forschung auf, sondern auch den hohen Grad ihrer Politisierung, die hier zwar vor allem der dezidiert prozionistischen Forschungsrichtung vorgehalten wird, aber auch auf Teile des Bandes selbst zutrifft. Trotz vieler nützlicher und anregender Abschnitte ist er daher nur eingeschränkt zu empfehlen, weil er den erhobenen Anspruch auf wissenschaftliche Objektivität überall dort nicht einhalten kann, wo er in der Auseinandersetzung mit Antizionismus selbst politisch argumentiert, ohne dies hinreichend zu reflektieren.

Zitierempfehlung

Andreas Rentz, Doppelrezension zu: Scott Ury/Guy Miron (Hrsg.), *Antisemitism and the Politics of History*, Brandeis University Press, Waltham 2023; Peter Ullrich/Sina Arnold/Anna Danilina u.a. (Hrsg.), *Was ist Antisemitismus? Begriffe und Definitionen von Judenfeindschaft*, Wallstein Verlag, Göttingen 2023, in: *Archiv für Sozialgeschichte* (online) 64, 2024, URL: <<https://library.fes.de/pdf-files/afs/81988.pdf>> [9.4.2024].

⁶ Vgl. exemplarisch *Samuel Salzborn*, *Antisemitismus. Geschichte, Theorie, Empirie*, Baden-Baden 2014.